

Rede von Lili Schlumberger-Dogu, Kreissprecherin der LINKEN München, auf der Demonstration anlässlich des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus am 8.5.11 in München

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Münchnerinnen und Münchner, heute vor 66 Jahren wurde Deutschland und fast ganz Europa von der Nazi-Diktatur befreit. Die wenigen Überlebenden aus den KZs und Folterkammern und die aus dem Exil Zurückgekehrten schworen sich:

NIE WIEDER FASCHISMUS! NIE WIEDER KRIEG!

Dieser Schwur wurde für mich, 1950 als Kind deutsch-russischer Eltern geboren und in Franken aufgewachsen, zu einem Leitfaden für mein politisches und soziales Engagement.

Heute fragen wir uns: Wie wurden die Weichen nach 1945 gestellt? War es für die meisten überlebenden Deutschen wirklich der Tag der Befreiung?

Warum ist Deutschland heute der viertgrößte Rüstungsexporteur und exportiert somit Krieg, Tod und Leiden weltweit? Warum steht die Bundeswehr wieder an vielen Fronten dieser Welt, ist sie doch nach unserer Verfassung eine reine Verteidigungsarmee?

Warum werden heute in Deutschland tagtäglich Menschen diskriminiert, ja ermordet, weil sie angeblich „nicht hierher gehören“ – darunter Obdachlose, Schwule, Linke, Moslems, Juden und Schwarze? Warum akzeptiert die Mehrheit, dass seit fast 20 Jahren eine Menschengruppe, die Flüchtlinge, noch dreißig Prozent unter das zu niedrige Sozialhilfe-Niveau gedrückt, durch Residenzpflicht und in Sammellagern entrechtet und häufig in Hunger, Verfolgung, Krieg und Tod abgeschoben wird?

Warum provozieren nazistische Organisationen mit ihren Aufmärschen auch hier in München? Warum verbreiten verharmlosend „Rechtspopulisten“ genannte Verführer hier und in allen europäischen Ländern ihre verbrecherischen Feindbilder?

Warum werden hier im wirtschaftlich blühenden Oberbayern Menschen in entwürdigende Armut gedrängt, als Bezieherinnen von ALG II, als junge Leute ohne Chance auf sichere Jobs, als verarmte Rentnerinnen und Rentner? Auf der anderen Seite gibt es staatliche Milliarden-Geschenke an die Verursacher der Finanzmarktkrise; und in Deutschland haben wir heute die niedrigste Besteuerung von Reichtum, Erbschaft und Gewinnen seit 1945.

Liebe Leute,

all das war 1945 beim Neuanfang nicht gewollt. Das Grundgesetz sah vor, dass die Schwerindustrie enteignet wird. Die Alliierten waren sich ursprünglich einig, dass alle faschistischen Organisationen und faschistische Propaganda verboten werden müssen. In die ersten Parlamente und Stadträte zogen Überlebende aus den KZs und dem Exil ein. „Politisch Verfolgte erhalten Asyl“, lautete der Art. 16 GG, das weitestgehende Asylrecht in einer Verfassung der Neuzeit. Das vom Krieg bitter gebeutelte Volk war absolut kriegsmüde, für die Meisten ging es nur um das nackte Überleben.

Aber die politischen und wirtschaftlichen Weichen wurden schnell anders gestellt...

Der Ausgangspunkt 1945 - das war: Das Quälen und Vernichten von Millionen von Menschen in den Folterkammern und Konzentrationslagern; die Zerstörung der industriellen und landwirtschaftlichen Basis hier und in allen von der Wehrmacht besetzten Ländern; über 50 Millionen Tote im Zweiten Weltkrieg. Das fast vollständige Ausrotten jüdischer Menschen, von Roma, Sinti und ihrer Kultur. Das brutale Kappen demokratischer, internationalistischer, linker, sozialistischer, künstlerischer und freiheitlicher Traditionen.

Die Verbrechen der SS, die Deportationen in die Vernichtungslager im Osten, das Wüten der Gestapo in München –alles hielt an bis zur Befreiung. Aber auch mutige Aktionen wie die der Freiheitsaktion Bayern prägten die Tage der Befreiung hier in der Region.

München wurde als Rüstungszentrum seit 1942 ständig bebombt. 7000 Münchnerinnen und Münchner starben im Bombenhagel, rund 16.000 wurden verletzt. Mehr als 200.000 lebten als Evakuierte über ganz Deutschland zerstreut. Ungezählt sind tausende Zwangarbeiterinnen, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, die in München Sklavenarbeit verrichteten und in „Himmelfahrtkommandos“ Bombenschutt sichern und abräumen mussten, dabei kamen sehr viele ums Leben.

In meiner Kindheit und Jugend sprachen wir in der Familie von **Befreiung**, sonst wurde meist von **Besatzung** geredet. **Sehr schnell war Deutschland geteilt, und im einsetzenden kalten Krieg** wurden diejenigen wieder verfolgt und entmachtet,

die es schon die 12 Jahre vorher gewesen waren: die Kommunistinnen und Kommunisten und alle, die mit ihnen zusammenarbeiteten. Zum Beispiel diejenigen, die in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis gegen die Gründung der Bundeswehr und die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik protestierten.

1953 stellte Bundeskanzler Adenauer den Juristen **Hans Globke**, der im Reichsinnenministerium die „Nürnberger Rassengesetze“ kommentierte, als Chef des Bundeskanzleramtes ein. Das war das Signal, dass immer mehr Juristen, Ärzte und Lehrer, die der NS-Diktatur zugearbeitet hatten, wieder in den Staatsdienst übernommen wurden. Der Münchner Kommunist **Otto Kohlhofer**, Überlebender des KZ Dachau, schilderte ein für ihn bedrückendes Erlebnis 1955 in München-Neuhausen: „Das war, wie sich die NPD damals entwickelt hatte ...und auch das Verhalten der Behörden ... wenn man das so beobachtet hat, wie brutal ... Ich war in einem Lokal in Neuhausen, da wurde ein Film über Lenin vorgeführt ...Und plötzlich bricht die Polizei mit Stahlhelm und Karabiner ein und schlägt da einfach wahllos in die Menge rein. ...die brechen da rein, nur weil man einen Film vorführt. *Das war zehn Jahre danach ... da war man wieder so weit.*“

Ich selbst gehöre der 68-Generation an. Schon in meiner Schulzeit begannen wir, uns neben dem Protest gegen die Notstandsgesetzgebung und den Vietnamkrieg dafür zu interessieren, was unsere Eltern, unsere Lehrer und Professoren in den zwölf Jahren Nazidiktatur getan haben. Verbotene Bücher wurden wieder gelesen, wie Brecht, Feuchtwanger, Theoretiker wie Marx, Engels, Lenin und Rosa Luxemburg. Die Konflikte, die in vielen Familien aufbrachen, waren oft sehr schmerzlich.

Nach 1945 entwickelte sich das vorher überwiegend agrarische Bayern zu einem führenden Industrie- und Exportland. Vergessen wir nicht, zu welchem Preis! Ministerpräsident Strauß forderte einst die Atombombe für Deutschland, heute sind München-Oberbayern und der Nürnberger Raum führende Zentren der Rüstungsindustrie. Jedem Land, jeder Diktatur wurden Freundschaft und Waffengeschäfte angeboten, ob früher Pinochet in Chile, den Apartheid-Regimen in Südafrika und Rhodesien, heute seit vielen Jahren Ghaddafi, Mubarak, usw. usw.

Bis in die achtziger Jahre gab es in der Bevölkerung einen breiten gesellschaftlichen Konsens: **Nie wieder Krieg von Deutschland aus!** Tausende demonstrierten gegen den NATO-Doppelbeschluss, viele junge Leute verweigerten sich der Armee. Mit dem Zerfall des Ostblocks, der Vereinigung Deutschlands und der so einsetzenden uneingeschränkten Vorherrschaft des Kapitalismus weitweit wurde dieser gesellschaftliche Konsens in Deutschland zerstört. Die Regierung des ehemals linken Jusos Gerhard Schröder und des früheren Spontis Joseph Fischer befahl **1999 den völkerrechtswidrigen Nato-Angriff auf Serbien**. Von den Parlamentsparteien ist heute nur DIE LINKE auf klarem Antikriegskurs. Heute bekämpfen wir auch die Militarisierung auch im Innern, den Werbefeldzug der Bundeswehr in den Schulen und den immer wieder ins Spiel gebrachten Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Liebe Leute,

unsere Verfassung wird nicht nur mit der Kriegspolitik täglich gebrochen. Auch das Asylrecht, Art. 16, wurde bereits 1993 faktisch abgeschafft.

„**Die Würde des Menschen ist unantastbar**“, so lautet **GG Art. 1**. Aber: Wenn man Menschen nur unter kapitalistischen Verwertungsgesichtspunkten betrachtet, dann verletzt man ihre Würde, zum Beispiel auch im Kreisverwaltungsreferat in München, einem der schlimmsten Ausländerämter in Bayern. Wenn wir das hinnehmen, dann nehmen wir hin, dass Menschen wegen ihrer Abstammung oder ihres sozialen Status unterschiedlich behandelt werden – **das ist nichts anderes als die Ausbreitung von staatlichem und gesellschaftlichem Rassismus**.

Bei allen Umfragen geben immer mehr Deutsche an, dass für sie der Kapitalismus nicht mehr die Wirtschaftsform ist, die ein demokratisches und gleichberechtigtes Leben garantieren kann. Die Mehrheit der Deutschen spricht sich aus für einen gesetzlichen Mindestlohn, für die sofortige Beendigung des Afghanistan-Einsatzes und für mehr soziale Gerechtigkeit. In vielen Städten, auch in München haben sich sehr viele Bürgerinnen und Bürger gegen Neonazi-Provokationen zusammengeschlossen.

Wir sind also nicht so wenige, und wir müssen noch viel mehr werden, die eintreten:

Für das Recht eines Lebens in Würde für alle Menschen!

NIE WIEDER FASCHISMUS! NIE WIEDER KRIEG!